

Antrag

öffentlich

Datum

31.05.2018

Nummer

A0067/18

Absender

Fraktion DIE LINKE/future!

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Schumann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

14.06.2018

Kurztitel

Fortführung des Projektes „magdalena“

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, was für die Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg an der Fortführung des Fachprojektes „magdalena“ nach Auslaufen der Förderung durch „Aktion Mensch“ im kommenden Jahr spricht, ob sich die LH MD ab Mitte 2019 mit der Finanzierung einer VZA Personalstelle an der Fortführung beteiligen kann und welche Voraussetzungen dafür zu erfüllen sind.

Begründung:

In Trägerschaft des AWO Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. und mit Förderung der „Aktion Mensch“ über einen Zeitraum von drei Jahren wurde das Projekt „magdalena“ im Herbst 2016 gestartet. Der Tätigkeitsschwerpunkt des Projektes liegt in der aufsuchenden Arbeit, der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit und der Interessenvertretung bei der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für Sexarbeiter*innen vorrangig in Magdeburg. Es kann festgestellt werden, dass es gelungen ist, dieses niedrigschwellige Beratungsangebot zu etablieren. Bereits über 500 Beratungen wurden seit dem Beginn des Projektes durchgeführt, Präventionsprojekte entwickelt, Schulungen von Fachpersonal durchgeführt und mit der Etablierung eines Runden Tisches ein fachlicher Austausch von Ämtern und Fachstellen initiiert.

Mit der Einführung des neuen Prostituiertenschutzgesetzes in 2018 gibt es eine Reihe an Fragestellungen die sowohl in den Behörden und Institutionen als auch für die Sexarbeiter*innen selbst entstehen. Hier hat sich die Beratungsstelle als zusätzliche Schnittstelle bewährt, insbesondere da es sich eben nicht um einen Beruf wie jeden anderen handelt. Dennoch sollen die in diesem Bereich tätigen Menschen – im hohen Maße junge Frauen - ihre Tätigkeit unter rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Bedingungen ausüben können. Das Angebot des Projektes erreicht Frauen/ Männer und Transpersonen*, in dessen beruflichen Kontext hohe Risiken für Gesundheit, Sicherheit und soziale Lebenslagen bestehen. Es schafft damit eine wirksame und wichtige Anlaufstelle für diesen Personenkreis über die behördlichen Möglichkeiten hinaus.

Zusätzlich ist der besondere Bedarf für einer Trans*Beratung in MD und landesweit sichtbar geworden. Ausgebaut werden soll als Teilprojekt von „magdalena“ eine psychosoziale Anlaufstelle für alle Fragen der Trans*geschlechtlichkeit von Trans*personen und deren Angehörigen – da sich zu diesen Themen ein besonderer Beratungsbedarf in der Praxis der

beiden letzten Jahre im Projekt ergab. In der Information I0307/15 zur Auswertung der Befragung von Fachkräften und Eltern zur Situation von lesbisch, schwulen und transgender Kindern und Jugendlichen in der LH MD und der S0273/15 zum Aktionsplan gegen Homophobie und für Toleranz der LH MD hatte sich klar der Bedarf einer solchen Beratungsstelle herauskristallisiert und konnte bisher noch nicht etabliert werden.

Für die Stadt würde sich somit ein zusätzlicher Mehrwert durch das Projekt „magdalena“ abzeichnen, da sich Transgender* und ihre Angehörigen an die Beratungsstelle jetzt bereits wenden. Um die kontinuierliche Fortführung dieser wichtigen Arbeit zu gewährleisten, bitten wir um Prüfung einer möglichen finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg für eine von den zwei bisherigen Fachstellen. Ein entsprechendes Konzept wurde vom Projektträger AWO Landesverband erarbeitet und kann zugearbeitet werden.

Oliver Müller
Fraktionsvorsitzender

Jenny Schulz
Stadträtin